

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1446/2015
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 17.08.2015	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Marienborn	Kenntnisnahme	16.09.2015	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 0774/2015 ödp, Ortsbeiratsfraktion Mainz-Marienborn;
hier: Planungswerkstatt Verkehrsberuhigungskonzept für Marienborn

Mainz, 31.08.2015

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der **Ortsbeirat Mainz-Marienborn** nimmt den Sachstandsbericht zu Kenntnis.

Sachstandsbericht:

Die Verkehrsverwaltung hat sich erneut vor Ort ein Bild über die Verkehrssituation gemacht und diese im ersten Schritt vorgeprüft.

Bei den Straßen Im Borer Grund und Pfarrer-Dorn-Straße handelt es sich um die geteilte Kreisstraße K 12, die damit eine wesentliche Verbindungsfunktion bezüglich der Landesstraße L 426 (Essenheimer Straße) und somit höhere Verkehrsbedeutungen haben. Diese beiden Straßen besitzen in der Ortslage bereits heute Verkehrsberuhigungen auch durch das begleitende Längsparken und die Rechts-vor-links-Regelungen an den Knotenpunkten. Im Bezug auf die allgemeine Verkehrsbedeutung dieser Straßen empfiehlt die Verkehrsverwaltung, von grundlegenden Verkehrsberuhigungen abzusehen; es ist hier allerdings grundsätzlich möglich, punktuelle Optimierungsmaßnahmen zu erarbeiten, die besonders zu prüfen sind.

Bei den Straßen Am Haidenkeller und Altkönigstraße handelt es sich um Gemeindestraßen, die allerdings aufgrund ihrer Lage im örtlichen Straßennetz ebenfalls eine gewisse Verbindungsfunktion besitzen. Hier sind allerdings die Handlungsmöglichkeiten bezüglich Verkehrsberuhigung größer als bei o.g. Straßen, da keine Straßenklassifizierung vorliegt.

Da der Verkehrsverwaltung keine grundlegenden Verkehrsprobleme bekannt sind wie z. B. Unfallschwerpunkte und übermäßige Verstöße gegen die Verkehrsregelungen, wird hier kein dringend erforderlicher Handlungsbedarf in größerem Umfang gesehen.

Die Personaldecke ist mittlerweile in der Verkehrsverwaltung so minimiert bzw. mit wichtigen Groß- und Förderprojekten so stark ausgelastet, dass hier in naher Zukunft keine umfangreiche planerische Bearbeitung in der vorliegenden Sache erfolgen kann. Auch Planungsmittel zur Beauftragung von externen Büros stehen nur sehr stark eingeschränkt zur Verfügung. Des Weiteren stehen für umfangreiche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen von ganzen Straßenzügen aktuell im Haushalt keine Mittel zu Verfügung.

Die Verkehrsverwaltung ist gerne dazu bereit, punktuell Verbesserungsvorschläge konzeptionell zu erarbeiten und mit dem Ortsbeirat zu diskutieren. Aufgrund der aktuellen Auslastungssituation ist dies allerdings nicht vor frühestens Frühjahr 2016 möglich.